



Antrag

der Abgeordneten **Karl Freller, Peter Winter, Erwin Huber, Johannes Hintersberger, Martin Bachhuber, Jürgen Baumgärtner, Dr. Otmar Bernhard, Petra Dettenhöfer, Christine Haderthauer, Hans Herold, Klaus Holetschek, Sandro Kirchner, Harald Kühn, Walter Nussel, Eberhard Rotter, Heinrich Rudrof, Ulrike Scharf, Dr. Harald Schwartz, Reserl Sem, Klaus Stöttner, Ernst Weidenbusch, Georg Winter CSU**

Fahrplan zur Abschaffung des Solidaritätszuschlags

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für einen festen Fahrplan zur Abschaffung des Solidaritätszuschlags einzusetzen, damit für Bürger und Unternehmen ein Ende dieser zusätzlichen Steuerbelastung absehbar ist.

Begründung:

Der Solidarpakt II läuft Ende des Jahres 2019 aus. Der Solidaritätszuschlag ist eine Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer, deren Aufkommen dem Bund zusteht. Die sprudelnden Steuereinnahmen rechtfertigen auch eine noch stärkere Entlastung der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die über die Vereinbarung im aktuellen Koalitionsvertrag auf Bundesebene hinausgeht. Ziel ist und bleibt, dass die Bürgerinnen und Bürger am Ende mehr Netto vom Brutto haben. Dafür sollte bereits jetzt ein fester Fahrplan für die Abschaffung des Solidaritätszuschlags ab dem Jahr 2020 beschlossen werden.